

Deutsche Truppen im Kongo

Heiner Adamski



Heiner Adamski,
Hamburg

Im Zusammenhang der UN-Peacekeeping-Mission MONUC und als Teil der EU-Operation EUFOR RD CONGO sind deutsche Soldaten zu einem Auslandseinsatz in dem zentralafrikanischen Staat Demokratische Republik Kongo (DR Kongo). Das Ziel des Einsatzes ist die Unterstützung eines ordnungsgemäßen Ablaufs von Wahlen und ein Beitrag zur Stabilisierung dieser erschütterten und zerstörten afrikanischen Krisenregion. Das Land und die Bevölkerung leiden unter der brutalen Verfolgung wirtschaftlicher Interessen an Bodenschätzen, an Kriegen mit unbeschreibbarem Elend und vielen Millionen Toten. Die Entsendung der deutschen Soldaten ist aber umstritten.

1. Hintergründe und Rechtsgrundlagen

Die Demokratische Republik Kongo

Die DR Kongo ist der drittgrößte Staat Afrikas. Er ist ca. siebenmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland und wird zentralistisch verwaltet. Die Bevölkerung umfasst ca. 60 Millionen Einwohner unterschiedlicher ethnischer Gruppen. Sie gehört zu ca. 90 Prozent zum Christentum sowie zu etwa fünf Prozent zu traditionellen afrikanischen Religionen und zu einem kleinen Teil von drei Prozent zum Islam. In der Hauptstadt Kinshasa leben etwa acht Millionen Menschen. Die Stadt wird „Kin, la poubelle“ genannt: der Abfalleimer.

In der DR Kongo gibt es die größten Naturreichtümer Afrikas – aber der Staat gehört zu den ärmsten Staaten und das Sozialsystem zu den schlechtesten der Welt. Zwischen 1992 und 2000 lag der Anteil der Staatsausgaben für das Gesundheitswesen und das Bildungswesen bei jeweils null Prozent. Hauptgründe der Armut liegen in den Entwicklungen während der Kolonialzeit und in späteren Jahrzehnten in Misswirtschaft und Korruption sowie militärischen Ausein-

andersetzungen um Bodenschätze. Zu ihnen gehören Gold, Silber, Diamanten, Uran, Kupfer, Erdöl, Kobalt, Mangan, Zink, Zinn, Cadmium, Germanium und Beryllium. Besondere Bedeutung haben Coltanvorkommen und die Gewinnung von Tantal und Niob. Dieses Material wird für die Herstellung von Mobiltelefonen, Computerchips, Videokameras und ähnlichen Geräten sowie für die Herstellung hitzebeständiger Bauteile für Raketen, Düsenflugzeugen und Weltraumkapseln gebraucht. Der Abbau konzentriert sich auf Regionen im Grenzgebiet zu Ruanda. Hohe Gewinne und mangelnde staatliche Überwachung haben hier zu planlosen Bergbauaktivitäten geführt. Gleichzeitig ermöglichten die Einnahmen aus dem Bergbau und mangelhaft kontrollierte Embargos lokalen Milizführern den Kauf von Waffen, die Bezahlung von Soldaten und die Fortsetzung von Bürgerkriegen.

Die dramatische Geschichte des Landes begann mit der Entdeckung des Kongogebietes durch Portugiesen. Unter ihrer Herrschaft kam es bis zum Ende des 17. Jahrhunderts zu Ausbeutungen, Plünderungen und Sklavenjagden sowie der völligen Zerstörung eines damaligen Königreiches Kongo. Nach dem Zerfall der portugiesischen Vorherrschaft wurde die alte Praxis durch Holländer und Engländer fortgeführt. Der Plan eines britischen Afrikareisenden Sir Henry Morton Stanley zur Eingliederung des Kongo in das englische Kolonialreich wurde von der englischen Regierung abgelehnt. Nach der Berliner Kongo-Konferenz (1884/85) – die von Bismarck auf Wunsch des belgischen Königs Leopold II. einberufen wurde – vereinnahmte der Monarch das Land und seine Bewohner jenseits allen Völkerrechts als Privatbesitz. Es kam zu wirtschaftlicher Ausbeutung und grausamen Exzessen. Die so genannten *Kongogräuel* erregten 1908 international Aufsehen und zwangen Leopold zur Übergabe des Kongo als „normale“ Kolonie an den belgischen Staat. Danach wurde die Ausbeutung des Landes und der Bevölkerung etwas gemäßigt fortgesetzt. Angesichts von Unabhängigkeitsbestrebungen im Kongo und unter internationalem Druck zog sich Belgien Anfang 1960 aus dem Kongo zurück – und hinterließ ein Chaos.

1960 wurde dann die „Demokratische Republik Kongo“ ausgerufen. Der Führer der Alliance Congolaise J. Kasawubu wurde Staatspräsident und der Panafrikanist und Führer der kongolesischen Unabhängigkeitsbewegung Patrice E. Lumumba wurde Ministerpräsident. Er wurde nach kurzer Amtszeit entlassen und ermordet. 1965 errichtete der Oberbefehlshaber der Armee Mobutu eine der längsten und grausamsten Diktaturen Afrikas. 1971 wurde die DR Kongo in Zaire umbenannt. Mobutu plünderte die wirtschaftlichen Ressourcen zu seiner persönlichen Bereicherung aus. Er galt als viertreichster Mann der Welt. Die westlichen Staaten – besonders Frankreich – stützten seine Politik bis in die neunziger Jahre. Sie sahen in ihm und seinem Kampf gegen Rebellengruppen einen Stabilitätsfaktor im zentralen Afrika.

1994 wurde die Diktatur Mobutus unter dem Einfluss von Flüchtlingsströmen aus Ruanda und Burundi und der Bildung einer Rebellen-Streitmacht unter Führung von Laurent-Désiré Kabila erschüttert. Ihm gelang 1997 der Sturz des mittlerweile international isolierten Mobutu. Kabila proklamierte sich zum Staatspräsidenten. Zaire wurde umbenannt in „Demokratische Republik Kongo“. Es kam wieder zu einer konfliktreichen Phase. Sie wird als Kongokrieg und „afrikanischer Weltkrieg“ bezeichnet. 2001 wurde Kabila Opfer eines Attentates.

Sein Nachfolger wurde sein Adoptiv-Sohn Joseph Kabila. Mit ihm könnte erstmals seit dem belgischen Rückzug 1959 ein Mann mit Bemühungen um Befriedung und Stabilisierung an der Spitze des Staates zu stehen. Die Wirklichkeit ist aber vom nahezu vollständigen Zerfall der Infrastruktur, der Verwaltung und der Wirtschaft sowie der Ausplünderung der rohstoffreichen Ostprovinzen des Kongo durch ugandische, ruandische und burundische Kräfte bestimmt. In diesem Landesteil ist die Zentralregierung nahezu machtlos. Im Osten kam es in jüngster Zeit auch wieder zu Kämpfen und in der Folge zu Massenfluchten nach Uganda. Nach Angaben des *International Rescue Committee* wurden seit 1998 knapp vier Millionen Menschen während gewaltsamer Auseinandersetzungen getötet.

2005 verabschiedete ein Übergangsparlament den Entwurf einer neuen Verfassung. Eine Mehrheit der 25 Millionen Wahlberechtigten stimmte in einem landesweiten Verfassungsreferendum für die Annahme. Im Februar 2006 wurde die neue Verfassung von Präsident Joseph Kabila in Kraft gesetzt. Im Sommer 2006 finden nun in der DR Kongo freie Wahlen statt – die ersten seit der Unabhängigkeit 1960. Die Menschen in der Demokratischen Republik Kongo gehen zur Wahl – zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit 1960. Die Wahlen stehen am Ende eines durch den Friedensvertrag von Sun City 2003 eingeleiteten Friedensprozesses. Angesichts der Bedeutung Kongos für die Stabilität des halben afrikanischen Kontinentes sowie angesichts seiner enormen Reichtümer hat die internationale Gemeinschaft einschließlich Deutschlands ein Interesse an einem erfolgreichen Friedensprozess. Eine seiner Voraussetzungen ist der erfolgreiche Ablauf der Wahlen.

MONUC

Im Blick auf diese Chance haben die Vereinten Nationen im Dezember 2005 die EU gebeten, die im Kongo stationierte UN-Peacekeeping-Mission MONUC mit *europäischen militärischen Kräften* für den Zeitraum der Wahlen zu unterstützen. Die MONUC ist eine von den Vereinten Nationen im Jahre 2000 ins Leben gerufene Friedensmission für den Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo. MONUC heißt „Mission de l’Organisation des Nations Unies en RD Congo“. Ihre Aufgabe besteht in der Überwachung eines Waffenembargos und in der Unterstützung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen bei der Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration kongolesischer Milizen. Die MONUC operiert von der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa aus. Der UN-Sicherheitsrat hat das Mandat der auf 17000 Mann angewachsenen Mission mehrfach – derzeit bis zum 30. September 2006 – verlängert.

UN-Resolution 1671 und EUFOR RD CONGO

Der geplanten EU-Operation in der DR Kongo erteilte der UN-Sicherheitsrat mit Resolution 1671 vom 25. April 2006 einstimmig ein Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta. Am 27. April verabschiedete der Rat der Europäischen Uni-

on daraufhin den Rahmen für einen Militäreinsatz der Europäischen Union zur Unterstützung der Mission der Vereinten Nationen MONUC während der Wahlen. Der Rat ernannte den deutschen Generalleutnant Karlheinz Viereck zum Befehlshaber der EU-Operation. Ihre offizielle Bezeichnung ist EUFOR RD CONGO. Sie setzt sich zusammen aus dem englischen Begriff für Europäische Streitmacht (European Force) und der französischen Abkürzung für die Demokratische Republik Kongo (République démocratique du Congo). Das EU-Hauptquartier ist in Potsdam eingerichtet.

Laut Resolution 1671 hat EUFOR RD CONGO folgende Aufgaben:

- Unterstützung der MONUC, falls bedeutsame Schwierigkeiten bei der Ausführung ihres Mandates auftreten,
- Schutz von Personen vor gewalttätigen Aktionen, unbeschadet der Verantwortung der Regierung der Demokratischen Republik Kongo,
- Beitrag zur Flughafensicherung in Kinshasa,
- Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals und Schutz der Einrichtungen der EUFOR RD CONGO,
- Evakuierungsmaßnahmen in Gefahrensituationen.

Organisatorisches Zentrum des Wahlprozesses ist die Hauptstadt Kinshasa, wo die MONUC-Mission nur in geringerem Maße militärisch präsent ist. Die Soldaten der EU werden zur Begleitung der Wahlen in der Hauptstadt Kinshasa sowie in Kongos Nachbarland Gabun stationiert. Sie unterstützen die rund 17.000 UN-Soldaten und Polizisten der MONUC, die vor allem in den östlichen Provinzen des Landes eingesetzt sind.

Ziel des europäischen Einsatzes ist es, die Akzeptanz der Wahl und des Wahlergebnisses durchzusetzen und zu demonstrieren, dass eine Störung des Wahlprozesses von der internationalen Gemeinschaft nicht akzeptiert würde. Der Oberste Verteidigungsrat der Demokratischen Republik Kongo hat diesem Vorschlag zugestimmt.

Hinzu kommt eine zivile Wahlbeobachtermission der EU, die dazu beitragen soll, den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen zu beobachten. Dabei ist EUFOR RD CONGO völlig neutral, unterstützt keinen Kandidaten und wendet sich auch nicht gegen Kandidaten. Aufgabe von EUFOR RD CONGO ist es, freie und faire Wahlen zu sichern, die den gewählten Vertretern eine echte demokratische Legitimation verleihen.

Deutsche Beteiligung

Der Deutsche Bundestag hat am 1. Juni 2006 mit 440 : 135 Stimmen dem Bundeswehr-Einsatz im Kongo zugestimmt. Dem Bundestagsmandat war ein Beschluss des Bundeskabinetts vorausgegangen, für einen Zeitraum von vier Monaten 500 Einsatzkräfte und 280 Unterstützungskräfte für Logistik und Sanität in der Kongo-Operation einzusetzen.

2. Kontroversen

Auszüge aus den Reden von Bundesaußenminister Steinmeier (SPD) und Bundesverteidigungsminister Jung (CDU) vor dem Deutschen Bundestag über den EU-Einsatz im Kongo am 19. Mai 2006

Steinmeier: „Ja, wir reden hier heute über einen deutschen Beitrag zu einer *Militärmission*. (...) Wir reden auch über einen fünfjährigen *Stabilisierungsprozess* im Kongo selbst. Wir müssen uns entscheiden, ob wir ihn in der weiteren Zukunft sich selbst überlassen oder ob wir helfen, ihn zu sichern. In zwei Monaten werden im Kongo nach mehr als 40 Jahren zum ersten Mal wieder *Wahlen* stattfinden. Man muss sich vorstellen: Das sind für 95 Prozent der kongolesischen Bevölkerung die allerersten Wahlen ihres Lebens überhaupt. Nun will ich nicht sagen, dass das eine Leichtigkeit ist. Ganz im Gegenteil, die Durchführung dieser Wahlen stellt auch die internationale Staatengemeinschaft vor hohe, vor höchste Herausforderungen. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass allein die Wahlzettel, die gegenwärtig in Südafrika gedruckt werden, mit Flugzeugen in den Kongo gebracht werden und dort mit Hubschraubern der Vereinten Nationen in die über 50.000 Wahllokale transportiert werden. Unzählige Helferinnen und Helfer tragen sie dorthin. Das ist, wie Sie ganz ohne Zweifel nachvollziehen können, logistisch eine ungeheure Herausforderung. Noch größer ist die Herausforderung für die Menschen im Kongo selbst: Sie haben in den letzten Jahren einen für viele durchaus schmerzhaften Prozess der Transformation hinter sich gebracht. Rund um die Großen Seen haben noch in den 90er-Jahren *Kriege und Bürgerkriege*, an denen insgesamt acht Staaten beteiligt waren, insgesamt vier Millionen Opfer gefordert. In der afrikanischen Presse wird das Geschehen der 90er-Jahre als Weltkrieg beschrieben; das sollten wir immer vor Augen haben, wenn wir die Größenordnung der Konflikte – bei denen uns in der Vergangenheit eine gewisse Beruhigung gelungen ist – kommentieren. (...) Nur ein stabiler Kongo kann verhindern, dass es in ganz Zentralafrika erneut zu Zerstörung und Krieg kommt. Nur ein stabiler Kongo kann verhindern, dass erneut humanitäre Katastrophen ausbrechen. Nur ein stabiler Kongo kann verhindern, dass sich die Menschen entscheiden, aufzubrechen und ihr Heil in Flucht und Migration zu suchen. Das sind für uns entscheidende Gründe gewesen, darüber nachzudenken, ob wir der Bitte der Vereinten Nationen nachkommen, die Wahl am 30. Juli zu sichern. (...) möchte ich einen Satz des südafrikanischen Präsidenten Mbeki zitieren: Der afrikanische Kontinent wird sich nur stabilisieren lassen, wenn es gelingt, den Kongo zu stabilisieren. – Ich füge hinzu: Ein Erfolg der anstehenden Wahlen wird ein entscheidender Schritt zu einer demokratischen Republik im Kongo sein. Es ist wichtig und aus meiner Sicht auch richtig, dass wir dazu unseren Teil beitragen.“

Jung: „Nach 45 Jahren hat der Kongo erstmals die Chance auf Stabilisierung und auf Demokratisierung. Die Internationale Gemeinschaft und vor allem die Europäische Union stützen diesen Prozess seit Jahren nach Kräften. Wir stehen in der Pflicht! Die bevorstehenden Wahlen sind ein entscheidender Schritt auf diesem Weg. Kongo wird dadurch nicht über Nacht zu einer stabilen Demokratie. Es ist dennoch klug und richtig, den schwierigen Prozess des Übergangs stabilisierend zu begleiten und die VN-Friedensmission MONUC bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen. (...) Auch die Erwartungen der Internationalen Gemeinschaft an die EU sind hoch. Gerade deshalb sollten wir unseren politischen Entscheidungen auch Taten folgen lassen. Die Kräftebeiträge Frankreichs und Deutschlands liegen auf vergleichbarer Höhe und werden jeweils etwas mehr als ein Drittel des Gesamtumfangs der Operation ausmachen. Daneben werden Belgien, die Niederlande, Polen, Schweden und Spanien wesentliche Beiträge leisten. Elf weitere Nationen werden die Operation in geringerem Umfang unterstützen. Dies ist ein wichtiges politisches Signal an die Kongolesen, die die EU als Garant für die Abhaltung freier und fairer Wahlen sieht. Vor diesem Hintergrund habe ich mich entschlossen, zusätzlich Sanitätskräfte und vor allem die Hubschrauber bereitzustellen, die für den Einsatz im Raum Kinshasa und hier insbesondere für die Durchführung möglicher Evakuierungsaufgabe benötigt werden.“

Der Weg zur breiten europäischen Beteiligung war nicht einfach. Es war viel Überzeugungsarbeit zu leisten, damit die notwendigen militärischen Mittel für eine erfolgreiche

Durchführung des gemeinsam beschlossenen Einsatzes bereitgestellt werden. Auch dies gehört zur europäischen Wirklichkeit. Und es ist gut, dass nicht alle Probleme bis zum Mandat offen gelegt werden.

In Zukunft müssen wir im europäischen Rahmen noch effektiver zusammenarbeiten, damit politisch im Konsens beschlossene ESVP-Operationen auch von allen Partnern gemeinsam militärisch unterstützt werden. (...) Ich werbe deshalb um Zustimmung, dass sich Deutschland mit insgesamt 500 Einsatzkräften und 280 Unterstützungskräften an der ESVP-Operation beteiligt. (...) Wir sind es unseren eingesetzten Soldatinnen und Soldaten schuldig, ihnen die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihren fordernden Auftrag zu schaffen. (...) Ich bin mir darüber im Klaren, dass diese Mission mit Risiken für Leib und Leben für unsere Soldatinnen und Soldaten verbunden ist. Gerade deshalb habe ich mir die Entscheidung nicht leicht gemacht. Und gerade deshalb werbe ich um Ihre Zustimmung zur Mission und um Ihr Vertrauen in unsere Soldaten, die eine breite parlamentarische Unterstützung für die Erfüllung ihres schwierigen Auftrages brauchen.“

Auszug aus einer Rede von Prof. Dr. Norman Paech (DIE LINKE) vor dem Deutschen Bundestag über den EU-Einsatz im Kongo am 1. Juni 2006

„... Der Bundestag hatte schon über viele Auslandseinsätze zu entscheiden. Selten aber gab es so viele unterschiedliche und sich widersprechende Begründungen dafür wie in diesem Fall. Genannt werden die Absicherung der ersten demokratischen Wahlen, die Stabilisierung des Kongo, unsere Verantwortung für Afrika – was auch immer das ist –, Handlungsfähigkeit der EU-Militärpolitik beweisen, Sicherung der Rohstoffversorgung und der Handelswege bis hin zur Verhinderung gigantischer Migrantenströme nach Europa. Da ist für jeden etwas dabei. Die Wirkung ist aber nicht: je mehr Begründungen, desto überzeugender. Das Gegenteil ist der Fall, wie jetzt auch die jüngste Stern-Umfrage wieder gezeigt hat: Der weitaus größte Teil der deutschen Bevölkerung ist gegen diesen Einsatz im Kongo.

Wir bestreiten nicht die Ernsthaftigkeit all der Gründe, sich in Afrika zu engagieren. Auch ökonomische Interessen sind legitim. Wir sind aber dagegen, dass das Militär dabei eine Rolle spielen soll. Sie, Herr Schockenhoff, haben den Einsatz des Militärs mit den strategischen Rohstoffen des Kongo begründet. Aus der SPD hören wir dagegen, das sei alles Unsinn, es gehe nicht um Rohstoffe, sondern um die Stabilisierung des demokratischen Prozesses im Kongo. Ich frage Sie: Was haben wir denn eigentlich aus den sich rapide verschlechternden Verhältnissen in Afghanistan und im Irak gelernt? Sehen Sie nicht, dass militärische Gewalt immer nur weitere Gewalt erzeugt und eben nicht Demokratie, allenfalls eine seltsame Abart von Demokratie?

Man kann mit dem Militär natürlich eine Stadt für die Wahltag und die Wochen danach in einen Ausnahmezustand versetzen. Das kann das Militär leisten. Aber was kommt dann? Bei unserer gestrigen Diskussion im Auswärtigen Ausschuss glaubte kaum noch jemand an die Begrenzung dieses Einsatzes auf vier Monate. Steht uns hier vielleicht ein Einsatz von den Ausmaßen wie dem in Afghanistan ins Haus? Das kann niemand voraussagen.

Der Kongo gehört zweifelsohne zu den rohstoffreichsten Regionen der Welt. Da gibt es auch keinen Einwand, wenn Sie fordern ... dass der Abbau dieser Ressourcen legal und nach marktwirtschaftlichen Aspekten erfolgt. Wenn Sie damit aber den Einsatz des Militärs begründen, fragt man doch nach der Rolle des Militärs bei der Herstellung des freien Marktes. ... meinen Sie etwa, dass das Militär auch die Verstaatlichung der Rohstoffe zum Nutzen der kongolesischen Bevölkerung, wie jüngst in Bolivien geschehen, absichern wird?

Was kommt dann nach dem Kongo? Bundesverteidigungsminister Jung möchte mithilfe der Bundeswehr die Rohstoffversorgung weltweit sichern. Sie möchten – so steht es in Ihrem Weißbuch, was wir bisher leider nur aus der Presse erfahren –, dass sich die Bundeswehr wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands besonders den Regionen zuwenden soll, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden. Da übernehmen Sie das, was schon 1999 in die neue NATO-Strategie geschrieben und später, 2003, in die Europäische Sicherheitsstrategie übernommen worden ist.

Liegt es da allzu fern, wenn man den Kongoeinsatz jetzt gleichsam als Pilotprojekt für eine neue Afrikastrategie begreift? Kommt nach zahllosen feierlich ausgerufenen und ge-

scheiterten Entwicklungsdekaden in Afrika nun vielleicht eine Militärdekade? So wie der völkerrechtswidrige Krieg gegen Jugoslawien seinerzeit die humanitäre Intervention begründen sollte, ist der Kongoeinsatz nun vielleicht ein Pilotprojekt für eine zukünftige Ressourcenintervention? Man kann das auch anders ausdrücken. Hier zitiere ich die Ihnen ja sehr wohl gesonnene Süddeutsche Zeitung, da kritisiert Joachim Käppner: „Sie benutzt die Bundeswehr wie eine beliebig einsetzbare Interventionsarmee. Käppner warnt: Das Abenteuer am großen Fluss könnte der Beginn eines neuen militärpolitischen Kapitels werden, nämlich dessen der Beliebigkeit und Bedenkenlosigkeit. Er schließt: ... gleicht der Einsatz im Kongo tatsächlich einer Reise in die Finsternis.“

Das wollen wir der kongolesischen Bevölkerung ersparen. Das wollen wir den Bundeswehrsoldaten ersparen und das wollen wir uns selbst ersparen. Deswegen sind wir gegen diesen Einsatz.“

Die Zeit online vom 27.3.2006 (Theo Sommer)

„Was die UN vor einigen Monaten von der EU erbeten hat, ist keine Truppe, die das gigantische Land „befrieden“, Milizen entwaffnen oder Kindersoldaten einfangen soll – diesen Teil der Mission überlassen westliche Regierungen lieber Blauhelmen aus Pakistan, Bangla Desh oder Nepal. Die UN wollte lediglich eine kleine, aber wirksame Verstärkung, die während der Wahlen und danach in der Hauptstadt Kinshasa Präsenz zeigt, um etwaige Wahlverlierer davon abzuschrecken, wieder zu den Waffen zu greifen. Das war eine legitime, realistische Anfrage – basierend auf den Lehren aus der Vergangenheit: Es soll sich im Kongo nicht wiederholen, was sich 1992 in Angola abspielte, als der vom Rebellenführer zum politischen Kandidaten mutierte Jonas Savimbi seine Wahlniederlage nicht akzeptierte und den Krieg wieder anfachte. (...)“

Es stimmt, dass der Kongo in einer desaströsen Verfassung ist; dass die Integration von Milizen in eine funktionierende Armee weit hinter Plan liegt; dass es kein staatliches Gewaltmonopol gibt; dass im Übergangskabinett Warlords sitzen, die eigentlich auf die Anklagebank des Internationalen Strafgerichtshofs gehören. Anders gesagt: Es herrscht der zu erwartende Irrsinn in einem Land, das unter einem der schlimmsten Kolonialherren (Belgien), einem der gierigsten Kleptokraten (Mobutu Sese Seko) und den brutalsten Plünderern (in Gestalt der Nachbarländer) gelitten hat. (...)“

Entgegen dem derzeit herrschenden Eindruck besteht der Kongo nicht nur aus Kinshasa, sondern auch aus demnächst 26 Provinzen. Deren Bewohner benötigen, erstens, eine internationale Strategie gegen die Plünderung der Rohstoffe des Landes. Der kriminelle Handel mit Gold, Holz und Erzen ist die Hauptursache der immer wieder aufflackernden Kriege zwischen Milizen. Dass eine solche Strategie Erfolge zeitigen kann, hat die Kampagne gegen „Blutdiamanten“ gezeigt. Die Menschen im Kongo benötigen, zweitens, Verwaltungsstrukturen. Justiz, Steuersystem, Gesundheitswesen müssen aufgebaut werden. Dazu braucht es keine EU-Truppen, sondern Geld, langfristiges Engagement und die Einsicht, dass es in diesem Land trotz oder gerade wegen seiner Leidensgeschichte eine höchst lebendige Zivilgesellschaft gibt. Diese eignet sich als Kooperationspartner oft besser als Staatsvertreter, mit denen wahrlich kein Staat zu machen ist. Kurzum: Die internationale Aufbauarbeit im Kongo, wenn sie denn wirklich ernst gemeint ist, fängt nach den Wahlen erst an.“

Junge Welt vom 10. Juli 2006. Auszug aus einem Gespräch mit Mbayi Kabasela. Er ist diplomatischer Vertreter der »Union für Demokratie und sozialen Fortschritt« (UDPS). Die Partei hat einen Beobachterstatus in der Sozialistischen Internationale und boykottiert die bevorstehenden Wahlen. Interview: Frank Brendle.

„Wieso nimmt Ihre Partei nicht an den Wahlen teil? Kabasela: Es herrscht Krieg, es gibt keine Grundlage für faire Wahlen. Wir stellen überall Unregelmäßigkeiten und Betrug fest. Alles wurde manipuliert, von Gleichberechtigung der politischen Parteien keine Spur. Der »Sieg« des jetzigen Präsidenten Kabila ist vorprogrammiert. Er lässt nur wählen, um sich den Anschein von Legalität zu geben. An so einer Show beteiligen wir uns nicht.“

Was werfen Sie Kabila konkret vor? Kabasela: Joseph Kabila regiert illegal. Er kam an die Macht, nachdem sein – angeblicher Vater Laurent Kabila ermordet worden war. Gewählt hat ihn keiner. Die Übergangsperiode, die im Abkommen von Sun City vorgesehen war, endete am 30. Juni, Kabila hat sie selbstherrlich verlängert. Er hat alles dafür getan, damit unsere Partei nicht auf den Wahllisten steht. Unter anderem hat er vier Scheinparteien mit unserem Namen und Logo gegründet, damit wir selbst nicht antreten können. Zwischen sieben und zwölf Millionen unserer Sympathisanten wurde die Eintragung ins Wahlregister verweigert. (...)

Was halten Sie vom bevorstehenden EU-Einsatz? Kabasela: Wir lehnen diese Einmischung ausländischer Staaten ab. Auch die UNO gehört zum Problem, sie hat uns diese Wahlen aufgezwungen, ohne auf ihre richtige Durchführung zu achten. Kabila ist der Kandidat von Belgien, Frankreich und den USA. Ich fürchte, der EU-Einsatz soll die Herrschaft der kriminellen Cliquen sichern. Diese sind unfähig zur Lösung der Krise, gewähren aber allen, die ihnen nahe stehen, Bergbau-Konzessionen.

Was wird nach den Wahlen passieren? Kabasela: Ohne Versöhnung, und dazu gehören faire Wahlen, kann es keinen Frieden geben. Die Legitimitätskrise der politischen Führung, die mit der Ermordung von Patrice Lumumba vor über 40 Jahren begann, wird verlängert. Damit sind neue Unruhen programmiert. Niemand kann ausschließen, dass es wieder Gewalt gibt. Die UDPS kämpft nicht mit Waffen, wird aber mit allen friedlichen und legitimen Mitteln gegen die Wahlfälscher kämpfen. Wenn es Demonstrationen und andere Widerstandsformen gibt, dann frage ich mich, wie sich die EU-Truppen verhalten werden, ob sie zu Feinden des kongolesischen Volkes werden. Wir fordern seit Jahren einen politischen Dialog zwischen allen politischen Lagern und der Zivilgesellschaft. Nur so haben wir die Chance, zu einer dauerhaften Versöhnung zu kommen.“

Presseerklärung Bundeswehr Verband vom 1. Juni 2006

„Auch nach dem Bundestagsbeschluss zur Entsendung von rund 780 deutschen Soldaten in den Kongo ist für den Deutschen BundeswehrVerband die Sinnhaftigkeit des risikoreichen Einsatzes nicht erkennbar. In einem Land von der Größe Westeuropas mit 60.000 Wahllokalen ist die Präsenz von 300 Bundeswehrsoldaten in einer Acht-Millionen-Stadt kein glaubwürdiger Beitrag zur Stabilisierung“, sagte Bundesvorsitzender Oberst Bernhard Gertz. Der Kongo sei zwar der Schlüssel zur Stabilisierung Afrikas. „Aber er verdient eine Mission, die konzeptionell schlüssig sowie nachhaltig und nicht nur sporadisch und sektoral wirksam ist.“ Andernfalls stelle das zentralafrikanische Land lediglich eine politische Showbühne dar. „Denn ein Wahlgang macht aus dem Milliardär Kabila noch keinen Demokraten. Skepsis ist also angebracht mit Blick auf die Entwicklung des Landes nach dem Abzug der EU-Truppen.“ Viele Bundeswehrsoldaten teilten diese Skepsis. „Ihnen hat noch niemand überzeugend vermitteln können, dass ihr Einsatz tatsächlich ein wirkungsvoller Beitrag für die politische Modernisierung des Kongo ist.“ Die Mittel, die die europäischen Teilnehmerländer aufwendeten, könnten effektiver eingesetzt werden. „Schätzungen zufolge kostet der Militäreinsatz mindestens 180 Millionen Euro. Dieses Geld könnte auch in konkrete zivile Aufbau- und Hilfsprojekte gesteckt werden“, sagte Gertz.“

BamS vom 15.7. 2006. Das Deutschland-Gespräch mit Walter Kempowski

„Bild am Sonntag: Wie ist Ihr Urteil über Ihre mecklenburgische Landsmännin Angela Merkel? Kempowski: Das Beste, was man von ihr sagen kann: Frau Merkel ist nicht böartig. Das ist doch schon was. Doch ich frage mich: Wie hält sie es mit der Wahrheit? Nehmen Sie doch den Einsatz der Bundeswehr im Kongo. Die Leute dahinzuschicken, ist doch eine ganz üble Hybris. Als ob die paar hundert deutschen Soldaten die Wahlen überwachen könnten. Die werden doch da abgeschlachtet.“